



Wir, die **Seebrücke in Hamburg**, erklären uns mit den Forderungen der Gruppe Lampedusa in Hamburg und allen anderen Geflüchteten und illegalisierten Migranten in unserer Stadt solidarisch. Wir unterstützen ihre Durchsetzung mit allen uns verfügbaren Mitteln.

Wir verlangen von den regierenden Parteien unserer Stadt, dass sie vehement für die Durchsetzung der Initiative zur Änderung des § 23 Aufenthaltsgesetz im Bundesrat eintreten, damit die Länder, Städte und Gemeinden Geflüchtete auch ohne die Zustimmung des Bundesinnenministeriums bei sich aufnehmen können. Wir fordern vom Hamburger Senat, sich aktiv für die Durchsetzung dieser Initiative einzusetzen. Denn wenn die neue Fassung des § 23 gesetzlich feststeht, haben wir auf die Hamburger Behörden größeren Einfluss, Geflüchtete auch direkt aus den Kriegsgebieten, wie Libyen, bei uns aufzunehmen. So könnte der Hamburger Senat sich auch nicht weiter damit herausreden, dass er nicht die Genehmigung des Bundesinnenministers hätte, so wie er es bis heute mit der Gruppe Lampedusa in Hamburg tut.

Dies ist jedoch nur ein Teil unserer Forderungen an die Hamburger Regierenden bezüglich ihres Umgangs mit Geflüchteten von außerhalb der EU nach dem Abkommen des UNHCR über die Rechtsstellung der Flüchtlinge.

Obgleich wesentliche Teile dieses Völkerrechtsabkommens in Deutschland rechtsverbindlich sind und also auch in Hamburg garantiert sein müssen, werden vielen Geflüchteten und anderen Minderheiten in unserer Stadt ihre Schutzrechte verweigert: sie erhalten nur einen Duldungs-Status, obgleich sie doch ein Aufenthaltsrecht hätten. Die meisten Mitglieder der Gruppe Lampedusa in Hamburg sind seit quälenden sechs Jahren noch immer nur geduldet. Neu eingetroffene Geflüchtete werden zwangsweise in der geschlossenen „Zentralen Erstaufnahme“ in Rahlstedt interniert und erleiden dort, teilweise über Monate, tägliche Verletzungen ihrer Menschenwürde. Andere Gruppen von Geflüchteten in unserer Stadt erhalten keinen Zugang zu elementaren Garantien der Genfer Flüchtlingskonvention, wie zum Beispiel zu angemessener Gesundheitsversorgung, Ausbildung und sozialer Absicherung.

Lampedusa in Hamburg und Seebrücke in Hamburg fordern von den in der Bürgerschaft vertretenen Parteien und vom neuen Senat, sofort nach der Bürgerschaftswahl im Februar 2020 ein Hamburger Aufnahmeprogramm zu schaffen, das diesen Verletzungen von Menschenrechten ein für alle Mal ein Ende setzt.

Lampedusa in Hamburg und Seebrücke in Hamburg sind Mitbegründer*innen des **BÜNDNIS SOLIDARISCHE STADT HAMBURG**, worin sich bis heute 70 weitere Gruppen und Organisationen zusammengeschlossen haben, um unsere und viele weitergehende Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit für alle unsere Stadtbewohner mit lauter Stimme öffentlich zu machen. Dazu gehören für uns:

- das Recht auf Wohnen
- das Recht auf Arbeit, bzw. Zugang zum Arbeitsmarkt
- das Recht auf (weiterführende) Bildung
- das Recht auf Gesundheitsversorgung
- das Recht zu wählen
- das Recht auf uneingeschränkte Mobilität und sicheren Aufenthalt